



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Bayern sozial und klimaneutral: CO₂-intensive Industrien umsichtig modernisieren

Der Landtag stellt fest:

Der Staatsregierung kommt eine besondere Verantwortung bei der Unterstützung der CO₂-intensiven Industrien bei der sozial-ökologischen Modernisierung zu und harte Strukturbrüche in den betroffenen Regionen müssen unbedingt vermieden werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, mit geeigneten Transformationsinstrumenten die sozial-ökologische Modernisierung von Bayerns CO₂-intensiven Industrien voranzutreiben und dabei auf die Bedeutung einzelner Industrien für die Regionen im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern zu achten. Folgende Instrumente sind zu prüfen und einzuführen:

- CO₂-Differenzverträge¹ für bayerische Unternehmen, mit denen Investitionen in den Klimaschutz belohnt werden können. Ergänzend zu vergleichbaren Bemühungen auf Bundesebene kann die Bedeutung einzelner Industriezweige für die bayerischen Regionen berücksichtigt werden.
- Aufbau von weiteren Demonstrationsanlagen in Bayern, beispielsweise für eine klimaneutrale Zementproduktion.
- Definition von Nachhaltigkeitskriterien für die öffentliche Beschaffung von Baugrundstoffen mit dem Ziel, einen sicheren Absatzmarkt für nachhaltige Industrieprodukte zu schaffen.

Begründung:

Bayern ist Industrieland und zehntausende von Arbeitsplätzen hängen an CO₂-intensiven Industrien wie der Glas-, Keramik- und Steinwarenindustrie (rund 53 000), der Chemieindustrie (rund 48 000), der Metallindustrie (rund 25 000) und der Papierindustrie (rund 22 000)². Diese Sektoren sind für einen Großteil der Gesamtemissionen der Industrie verantwortlich und stehen daher vor einer besonderen Herausforderung angesichts der notwendigen Emissionsreduktion. Gleichzeitig ist die Modernisierung dieser Industrien essenziell, weil sie Industriearbeitsplätze in ganz Bayern erhält und damit gleichwertige Lebensverhältnisse im Freistaat fördert. Dies gilt besonders für Regionen, in denen diese Branchen für die regionale Beschäftigung überdurchschnittlich wichtig

¹ https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.679524.de/diw_aktuell_23.pdf

² Beschäftigungszahlen aus dem Jahr 2020: https://bayernspd-landtag.de/workspace/media/static/di-wecon_bayern-klimaneutral-un-60dd9ee4d040f.pdf

sind. So hat beispielsweise die Glas-, Keramik- und Steinwarenindustrie besondere Bedeutung in Niederbayern, der Oberpfalz und vor allem in Oberfranken, wo rund 11 000 Personen beschäftigt sind, ein Fünftel aller bayerischen Beschäftigten dieser Branche.

Die technischen Möglichkeiten für eine klimaneutrale Ausrichtung der CO₂-intensiven Industrien sind vorhanden. Meist sind die neuen Herstellungsprozesse jedoch deutlich teurer. Damit die Unternehmen die hohen Investitionen tätigen, benötigen sie größtmögliche Planungssicherheit, die über staatliche Maßnahmen unterstützt werden kann. Hierfür stehen auch den Bundesländern Instrumente zur Verfügung.

CO₂-Differenzverträge (Carbon Contracts for Difference, kurz CCfD) sind bereits in der nationalen Wasserstoffstrategie verankert³ und stellen auf Bundesebene eine sinnvolle Ergänzung zum BMU-Förderprogramm (BMU = Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) „Dekarbonisierung der Industrie“ dar. Ein starker Industriestandort wie Bayern kann mit einer eigenen, flankierenden Initiative auf die Struktur der bayerischen Industrie eingehen und neben der Chemie- und Stahlindustrie, wo Pilotprojekte des Bundes geplant sind, auch frühzeitig die Zement- und Papierindustrie in den Blick nehmen.

Weitere Instrumente zur Förderung von CO₂-armen Schlüsseltechnologien sind neue oder verschärfte Nachhaltigkeitskriterien bei der Beschaffung von Baustoffen für öffentliche Infrastrukturprojekte und der Aufbau von Demonstrationsanlagen.
